

Der Terror-Ring um Berlin

Mehr als 200 Bunker und 130 Türme sollen Flucht durch die Mauer verhindern

DT. Berlin (Eigenbericht). Mehr als 200 voll ausgebaute Erd- und Betonbunker, rund 130 Beobachtungstürme — über 10 Meter hoch —, dazu fast 100 weitere Beobachtungspunkte und 12 000 bewaffnete kommunistische Grenzposten. Das alles direkt hinter 15 km ausgebauter

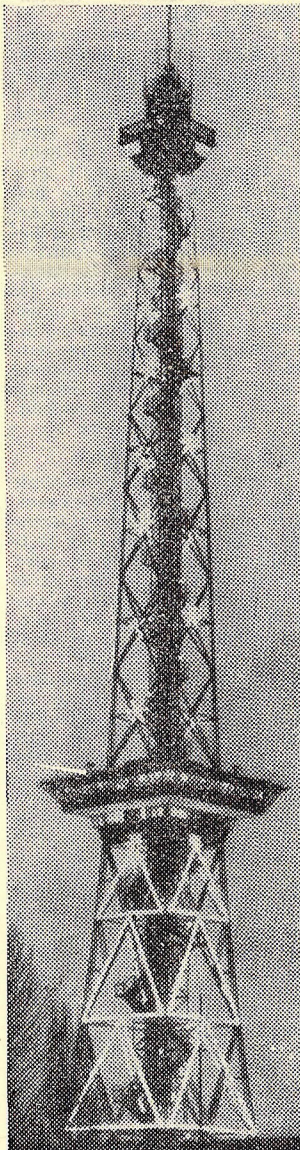
Trägt man die Bunker und Türme auf eine Karte farbig ein, so sieht die Sektorengrenze im Berliner Zentrum wie die vorderste Linie eines Festungsgürtels aus. Anders ist es an den südlichen und nördlichen Abschnitten der Sektoren- und Zonengrenze. Es sind also nicht



Mauer und 130 km doppel-, drei-, vier- und fünffach gestaffeltem Stacheldraht, bei einer insgesamt 46 km langen Sektoren- und 110 km langen Zonengrenze um West-Berlin. Alarmierende Zahlen! Die Schießscharten vieler Bunker zeigen nicht nur auf den freien Teil Berlins, sie weisen auch in die Zone, in den Sektor.

nur militärisch-strategische Gesichtspunkte maßgebend. Mit aller Macht versucht das Ulbricht-Regime so vor allem die Fluchtbewegung nach dem Westen zu stoppen. Gleichzeitig soll diese willkürliche Grenze so als „Staatsgrenze der DDR“ herausgestellt werden. Der geknechteten Bevölkerung gegen-

(Fortsetzung auf Seite 2)



Der Funkturm mit seinem weihnachtlichen Festkleid.

Der Terror-Ring um Berlin

(Fortsetzung von Seite 1)

über soll diese militärische Maßnahme die Lüge der SED vom „aggressiven Westen“ glaubhaft machen.

Von unzähligen Arbeitstrupps, 2000 Mann stark, wurde dieser „antifaschistische Schutzwall“, diese KZ - Mauer nach dem 13. August 1961 gebaut. Noch wird daran gearbeitet. Neue Bunker werden angelegt, Beobachtungstürme aufgestellt, Propagandalautsprecher auf- und abmontiert. Täglich tauchen Arbeitstrupps unter strengster Bewachung an der Grenze auf.

Der Höhepunkt der Bautätigkeit aber ist überschritten. Er lag in der Zeit vom August vorigen bis zum Juli dieses Jahres. Mehr als 150 Bunker entstanden in dieser Zeitspanne. Heute werden die militärischen Anlagen erweitert, ausgebaut, zu einer Einheit ergänzt.

Massiver Militärgürtel

In Kladow, rund 50 m nördlich der Potsdamer Chaussee, stellten die sowjetzonalen Grenzer Mitte November einen Erd-bunker fertig. Durch einen etwa 150 m langen Laufgraben ist er mit zwei älteren Bunkern verbunden. Am gleichen Tag wurden an der „Grenze“ bis Staaken zwei Bunker fertig. Insgesamt „sichern“ 24 befestigte Bunker und 7 Beobachtungstürme zwischen Groß-Glienicke und dem S-Bahnhof Staaken die Grenze. Dazu Stacheldraht, dauernde Streifen, auf ostzonaler Seite 1 bis 2½ km tiefes Sperrgebiet. Die Zahl der militärischen Anlagen wird auch weiter im Norden nicht größer.

Anders an der Sektorengrenze: Allein zwischen der Kölnischen Heide und Wilhelmsruh gibt es 104 Bunker und 18 Türme. Hinzu kommen kleinere Beobachtungsstände, die zum Teil auch befestigt und gesichert sind. Sogar weiter innerhalb des Ostsektors haben die Ulbricht-Militärs befestigte Unterkünfte und Unterstände für die Angehörigen der sogenannten Volksarmee und der Volkspolizei.

Rund 12.000 kommunistische Soldaten stehen direkt an der Grenze. Im Stadttinnern wachen weitaus mehr. Außer der 1. und 2. Grenzbrigade, die in

sechs Schützenabteilungen, eine schwere Abteilung im Norden Berlins und eine KPP-Abteilung für die Sicherung der sieben Sektorenübergänge unterteilt ist, stehen als „Elitetruppen“ noch die fast 5000 Mitglieder des Wachregiments Berlin in Adlershof und Erkner zur Verfügung. Diese Truppe ist direkt dem Staatssicherheitsdienst unterstellt.

Schwerpunkte der kommunistischen Sicherheitsmaßnahmen sind die Gebiete zwischen Rummelsburger Platz und Charlottenstraße und die Gegend um die Sandkrugbrücke an der Invalidenstraße. Allein um diesen Übergang herum konzentrieren sich 13 untereinander verbundene Bunker und Schützenstellungen. An der Sektorengrenze zwischen Charlottenstraße und Rummelsburger Platz reiht sich Anlage an Anlage.

Ein zweiter massiver Militärgürtel umschließt West-Berlin in einem Radius von 50 Kilometern. Rund 67.500 Mann Zonentruppen mit mindestens 1200 Panzern und etwa 300 Panzerspähwagen in 42 Standorten, außerdem 44.500 sowjetische Soldaten mit 900 Panzern in 13 Standorten sind in diesem Raum stationiert. Nicht gezählt sind dabei zwei weitere sowjetische Regimenter, die direkt in Berlin-Karlshorst und Berlin-Biesdorf liegen.

Die Zuverlässigkeit der sowjetzonalen Truppen wird selbst von der SED-Führung und den Sowjets in starkem Maße bezweifelt, denn neben fast jedem Standort der Zonenarmee liegt offensichtlich als „Wachhund“ eine Einheit der Roten Armee. Ob es südlich West-Berlins bei Stahnsdorf, nördlich bei Oranienburg oder westlich bei Brandenburg ist, überall haben die „Volksarmisten“ ihre „Bewacher“ in unmittelbarer Nähe. Zufall ist das nicht, denn in dem Zonengebiet, das an Ost-Berlin grenzt, sind diese „Paarungen“ nicht zu finden.

Die Bewaffnung der sowjetischen Einheiten setzt sich unter anderem aus mittleren und schweren Panzern modernen Typs (T-10, T-54), schwerer Artillerie (Feldhaubitzen 152 Millimeter), Flak- und Panzer-

abwehr - Artillerie sowie Raketenwerfern (BM-14 und BM-24) zusammen. Bis auf leichte Abweichungen sind die sowjetzonalen Truppen mit den gleichen Waffengattungen ausgerüstet.

Die in dem 50 - Kilometer-Raum stationierten Truppen sind jedoch nur ein kleiner Teil des Militärs, das die Sowjetunion und die Zone in Mitteldeutschland unterhalten. Die UdSSR hat eine vollständige Armee in der Sowjetzone. Das sind 20 voll aufgefüllte motorisierte Schützen- und Panzerdivisionen; eine vollständige Luftarmee mit mindestens 800 Maschinen. Diese Streitkräfte haben eine Gesamtstärke von rund 400.000 Mann.

Wenig Verlässlichkeit ...

Die starke Befestigung der „Grenzen“ zum freien Westen durch die Zonenmachthaber läßt erkennen, daß sie sich der Verlässlichkeit ihrer Truppen durchaus nicht sicher sind. Durch die Parteiforgane und gesetzliche Wehrpflicht sind bei vielen Mitteleuropäern der Grund für den Eintritt in die sogenannten bewaffneten Organe, von der kommunistischen Elite-truppe, dem Wachregiment des Staatssicherheitsdienstes, bis hinunter zu der Massenorganisation „Gesellschaft für Sport und Technik“ muß die SED mit einem rapiden Schwund der „sozialistischen Verteidigungsbereitschaft“ rechnen.

„Tag der Menschenrechte“

UNO-Kommission nach Berlin?

Berlin (Eigenmeldung). Zum „Tag der Menschenrechte“ hat der Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses, Bach, auf die große moralische Bedeutung hingewiesen, die diese vor 14 Jahren verkündete Deklaration der Menschenrechte durch die Vereinten Nationen für die gesamte Welt habe. Bach, der als Vorsitzender des Landesverbandes Berlin der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen im Rundfunk sprach, trat dafür ein, daß die Kommission für Menschenrechte einige Vertreter nach Berlin entsendet. Diese Kommission hätte in Berlin einen unvergleichlichen Anschauungsunterricht für ihre Aufgabe.

Gemeinsame Frontstellung gegen China

Belgrad erhält Schützenhilfe durch die italienische KP

Belgrad, im Dezember

In der Welt des Kommunismus sind in diesen Tagen Vorgänge zu verzeichnen, deren Folgen unanschätzbar sind. Auf keinen Fall kann die Fiktion eines kommunistischen Monolithismus länger aufrechterhalten werden. Dagegen zeichnet sich eine europäische Frontstellung gegen das rotchinesische Peking ab.

Der „Urlaub“ Titos

Präsident Tito, Chef einer unabhängigen kommunistischen Partei, ist gegenwärtig Chruschtschows Gast. Aus dem angeblichen Rußland-Urlaub Titos ist schon vom ersten Tag an mit allem Kreml-Zeremoniell ein Staatsbesuch geworden. Man kennt die unveröhnliche Haltung Titos gegenüber Peking, auch wenn Jugoslawien, wie man in Belgrad stets gern betont, sich stets für die Aufnahme Chinas in die UNO einsetzt.

Während sich Tito seinen Gesprächen mit den Sowjets hingibt, die er übrigens in russischer Sprache führt, rüstet sich sein Stellvertreter Kardelj zu einer Staatsreise, die ihn in den nächsten Tagen zuerst nach Indonesien, dann aber nach Indien führt. In einem Interview mit der jugoslawischen Nachrichtenagentur tanjug hat sich Kardelj, auf den indisch-chinesischen Konflikt angesprochen, unmißverständlich antichinesisch geäußert. Er sagte, Indien sei nicht nur ein blockfreier Staat, sondern vor allem in Asien ein Bannerträger der Politik des Friedens und der Koexistenz. Daher müsse jeder Versuch, diesem Lande einseitige gewaltsame Lösungen aufzuzwingen, zu den negativsten Folgen führen.

Dies ist nach Ansicht Belgrader Beobachter die bisher klarste gegen die Volksrepublik China abgegebene Stellungnahme von maßgebender jugoslawischer Seite. Wenn schon Titos Stellvertreter Kardelj am Vorabend seiner Asienreise solche harten Worte für das chinesische Vorgehen gegen Indien findet, läßt sich leicht denken,

was Tito selbst, unablässig von chinesischen und albanischen Politikern beschimpft, seinem kommunistischen Weggefährten Chruschtschow in bezug auf China in Moskau zu sagen haben wird. Unvergessen ist auf jugoslawischer Seite jene rotchinesische Bemerkung, daß bei einem Atomkrieg von 650 Millionen Chinesen immer noch 300 Millionen übrigbleiben würden.

Besonders untermalt wird das im Schatten chinesischer Hegemonievorstellungen stehende Gespräch Tito-Chruschtschow durch einen in der Geschichte des europäischen Kommunismus der letzten 15 Jahre einmaligen Vorgang. Der italienische KP-Chef Togliatti hat die jugoslawischen Genossen zum 10. Kongreß der Kommunistischen Partei Italiens eingeladen. Es ist das erste Mal, daß sich eine kommunistische Partei Europas an die seinerzeit von Moskau verfertigen Genossen wandte. Angesichts des von Moskau ausgesprochenen Bannes gelten die jugoslawischen Kommunisten nämlich immer noch als revisionistisch und nicht hoffähig.

Kardelj nach Asien

Die Belgrader Kommunisten haben der Einladung gern Folge geleistet und das Mitglied des Politbüros, den Mazedonier Lazar Kolischevski, nach Rom delegiert. Mit schärfster Hervorhebung betont jetzt die jugoslawische Presse die antichinesische Stellungnahmen des italienischen KP-Abgeordneten Pajetta, der feststellte, daß der gesamte Kongreß der Kommunistischen Partei Italiens einmütig den unhaltbaren Standpunkt der chinesischen Delegation verworfen habe.

Damit hat sich die KP Italiens zum jugoslawischen Standpunkt bekannt. Das ist ein Plus für Jugoslawiens Kommunisten in ihrer offensiven Abwehrstellung gegen China und gegen den europäischen China-Satelliten Albanien.

Was in Rom auf einem kommunistischen Forum gesprochen wurde und was Kardelj in Belgrad sich als Richtschnur für seine kommende Begegnung mit

dem im Krieg gegen China stehenden Nehru ausgedacht hat, wird und muß auch seinen Niederschlag finden in der Begegnung zwischen dem Revisionisten Tito und dem sowjetischen KP-Chef Chruschtschow. Daran, daß die jugoslawischen Kommunisten mit ihrer seit 1948 gegen Stalins Allmacht verfochtenen nationalistischen kommunistischen Eigenständigkeit zur gegenwärtigen verworrenen Situation im kommunistischen Lager einiges beigetragen haben, ist nicht zu zweifeln. Man könnte aus Belgrader Sicht sogar weitergehen und sagen, daß es die jugoslawischen Kommunisten waren, die erfolgreich dem Diktator Stalin die Stirn boten und heute mit der gleichen Energie rotchinesischen kommunistischen Hegemonie-Ideen entgegentreten.

Im Jahre 1948 standen sie gegen Stalin allein, heute, 15 Jahre später, stoßen sie auf Verständnis nicht nur in Moskau, sondern auch auf kommunistischen Parteikongressen anderer Staaten. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß die jugoslawischen Kommunisten in der kommunistischen Welt am Rande immer noch als „Revisionisten“ bezeichnet werden.

Walter E. Brill

Neuer britischer Stadtkommandant in Berlin

Berlin (Eigenmeldung / dpa/upi). Der neue britische Stadtkommandant, Generalmajor David Peel Yates, ist in Berlin eingetroffen. Er löst Generalmajor Dunbar ab, der wegen einer Erkrankung sein Berliner Amt aufgeben mußte. Der 51-jährige Generalmajor Yates war unter anderem von 1955 bis 1957 Chef der britischen Infanteriebrigade in Hongkong. Zuletzt hatte er das Amt des Stabschefs beim östlichen Befehlsbereich in Großbritannien inne.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH, Berlin 42, Manfred-von-Richtofen-Straße 2

Für stärkere konventionelle Rüstung

Forderungen der USA für bevorstehende NATO-Tagung

Washington (ap). Die USA werden sich auf der in Paris beginnenden NATO-Ratstagung dafür einsetzen, daß die europäischen Partner des Bündnisses ihre konventionellen Streitkräfte beträchtlich vergrößern. Außenminister Rusk und sein Kollege im Pentagon, McNamara, wollen darauf verweisen, daß man mehr nichtnukleare Kampfkraft braucht, um in möglichen künftigen Krisen Europa zu retten und die Welt vor einem Atomkrieg zu bewahren. In diesem Sinne wird in Washington jedenfalls der Ausgang der Kuba-Krise interpretiert.

Man erwartet, daß Rusk und McNamara außerdem betonen werden, daß die Inder in ihrem Konflikt mit China einen großen Bedarf an militärischer Ausrüstung haben. Die Minister werden wahrscheinlich erklären, daß nicht die USA, Großbritannien, Australien und Kanada — die jetzigen westlichen Lieferanten Neu Delhis — alle diese Mittel allein zur Verfügung stellen können. Sie werden sagen, daß alle freien Nationen sich soweit wie möglich an der Hilfe für ein Land beteiligen müssen, daß sich unter einer kommunistischen Bedrohung sieht.

Die amerikanischen Minister dürften im übrigen darauf verweisen, daß die westlichen Hoffnungen auf eine weitere Verbesserung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen nach dem Abklingen der Kuba-Krise

bisher durch positive Schritte der Sowjetunion abseits der Kuba-Kontroverse nicht gerechtfertigt worden sind. Sie dürften versichern, daß Washington in der Hoffnung, Chruschtschow sei zur Zeit bemüht, seine nächsten Schritte zur Entspannung festzulegen, weder Forderungen an Moskau stellen noch sonst einen Druck ausüben wird, die den Krenl und Peking veranlassen könnten, ihre bestehenden scharfen Differenzen beizulegen und sich gegen den Westen zusammenzuschließen.

Es gibt nach amerikanischen Ansicht kein Zeichen, daß die

Sowjets bereit sind, in der Berlin-Frage wirklich Konzessionen zu machen, obwohl Chruschtschow und seine Paladine nach dem Kuba-Zwischenfall auf scharfe Erklärungen zur Berlin-Situation verzichtet haben. In der Abrüstungsfrage ist ebenfalls von Zugeständnissen der Sowjets bisher keine Rede. Auch die Kuba-Frage dürfte nach Meinung Washingtons nicht etwa durch ein endgültiges, vor der UNO abgeschlossenes Abkommen geregelt werden. Es ist zu erwarten, daß sie sich noch über Wochen oder gar Monate hinschleppt, daß die USA weiter veranlaßt sind, ihre Aufklärungsflüge über Castros Reich zu unternehmen, solange die Sowjets Fla-Raketeneinstellungen und Militärtechniker dort haben.

Über 13 000 Westdeutsche nach Berlin vermittelt

Bis zum 1. Dezember haben die Arbeitsämter 13 272 Arbeitnehmer aus dem Bundesgebiet in neue Stellen nach West-Berlin vermittelt. Dabei handelt es sich um 11 317 Männer und 1955 Frauen. Hinzu kommen noch mehrere tausend Arbeitnehmer, die auf eigene Initiative einen neuen Arbeitsplatz in West-Berlin gefunden haben und bei denen die Arbeitsämter nicht oder nur beratend mitgewirkt haben. Wöchentlich vermitteln die Arbeitsämter noch etwa 200 Kräfte, während über 100 weitere Arbeitnehmer auf Grund eigener Bewerbungen nach West-Berlin kommen, so daß der wöchentliche Zugang

zwischen 300 und 350 Arbeitskräften liegt.

Beim Landesarbeitsamt Berlin liegen noch 2886 Bewerbungen, davon 523 von Frauen, zur Vermittlung vor. Wöchentlich gehen etwa 300 bis 400 neue Bewerbungen beim Arbeitsamt ein. —

Rusk zu Berlin

Washington (dpa). Die USA haben bisher keinerlei Beweise dafür, daß sich die sowjetische Haltung in der Berlin-Frage in der letzten Zeit geändert hat. Mit dieser Feststellung nahm US-Außenminister Rusk gestern zu den Spekulationen Stellung, nach denen der Krenl nach der kubanischen Kraftprobe in Berlin konzessionsbereiter geworden sei.

Peking brüskiert Krenl offen in Prag

Gerücht um Ostblockkonferenz über ideologischen Streit
Mao — Chruschtschow

Moskau (ap/dpa/upi). Die führenden Politiker des sowjetischen Machtblocks werden möglicherweise noch in diesem Monat zusammentreffen, um die scharfen ideologischen Auseinandersetzungen zwischen Peking und Moskau zu erörtern. Wie aus Kreisen kommunistischer Diplomaten in London verlautet, hält man es für möglich, daß die Gipfelkonferenz im Anschluß an die Sitzung des Obersten Sowjets in Moskau stattfindet.

Beim Abschluß des Parteitages der tschechoslowakischen KP kam es wiederum zu sehr scharfen Auseinandersetzungen mit Rotchina. Der chinesische Delegationsführer verweigerte seine Zustimmung zu einer Grußbotschaft, in der die Teilnehmer der sowjetischen KP ihrer Treue versicherten und gleichzeitig die Führungsrolle Moskaus im kommunistischen Weltlager unterstrichen.

Als einen Weltfaktor hat der EWG-Präsident Hallstein die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft bezeichnet. (upi)

Liebe Leser!

Wir wollen gern wissen, wo diese Wochenausgabe verteilt worden ist. Schreiben Sie bitte auf einer Ansichts- oder Postkarte mit falschem Absender, wo Sie dieses Blatt gefunden haben, an folgende Anschrift: Kurt Hoffmann, Berlin-Tempelhof, Siegertweg 88.

Wir danken für Ihre Hilfe.